

Aktenzeichen
12-636-1

Kitzingen, 04.11.2019

Federführung: Sachgebiet 12

Vorlage-Nr.: SG 12/295/2019

Bearbeiter: Philipp Kuhn

Tel.Nr.: 09321 928 1200

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Umwelt-, Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Information	28.11.2019

Kommunale Abfallwirtschaft; Aktuelles aus dem Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg (ZVAWS), Vortrag durch Herrn Geschäftsleiter Kutscher

I. Vortrag:

1. 40 Jahre nachhaltig

Am 12. Dezember 1979 fand die Gründungsversammlung des Zweckverbands Abfallwirtschaft (ZVA) in Würzburg statt. Auf dieses Ereignis werden wir im Rahmen einer Jubiläumsfeier, exakt am 40. Jahrestag, im Gut Wöllried in Rottendorf zurückblicken.

Kernaufgabe des ZVA war und ist die sichere Entsorgung der von der Gesellschaft hinterlassenen Abfälle, die nicht wiederverwendet oder stofflich verwertet werden können.

Prämissen für die Arbeit des ZVA sind bestmögliche Umwelt- und Ressourcenschonung bei möglichst niedrigen Kosten für die Gebührenzahler. Nicht Gewinnorientierung steht im Vordergrund, sondern der höchstmögliche Nutzen für die Allgemeinheit.

Seit Beginn wird das MHKW mit Kraftwärmekopplung betrieben, d. h. freiwerdende Energie wird erst durch Verstromung, dann durch Einspeisung in das Wärmenetz genutzt. Metalle aus der Verbrennungsasche und mineralische Reststoffe werden verwertet.

Der Zweckverband engagiert sich entschieden für Modernisierung und Ausbau des Fernwärmenetzes. U. a. wurde 2018 der Anschluss des Bereichs Wöllried /Rottendorf verwirklicht und damit erstmalig die Grenze des Stadtgebiets zum Umland mit der Fernwärmeversorgung überschritten.

Die nachhaltige Wirtschaftsweise gehört zum Grundverständnis des ZVA als kommunales Unternehmen und wird stetig entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen entwickelt. Gemeinwohlorientierung heißt dabei auch, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten und die Innovation richtig einzusetzen.

2. Aktuelle Randbedingungen für die Arbeit des Zweckverbandes

2019 wurden unter Regie des ZVA ca. 219.500 t Abfall verbrannt. Die Kapazitäten der Müllverbrennung in Deutschland sind zu 100 % ausgelastet. In Bayern haben die 14 kommunal geführten Müllverbrennungsanlagen 2018 fast 3,4 Mio. t an Abfällen verbrannt. Die Behandlung von Haus- und Sperrmüll sowie auch hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ist eine hoheitliche Aufgabe für die kommunalen Verbrennungsanlagen. Gewerbeabfälle unterliegen im Übrigen nicht der Überlassungspflicht und bewegen sich im freien Entsorgungsmarkt, wo jedoch manche Wege – z.B. nach China od. Osteuropa - nicht mehr wie gewohnt offenstehen. Die gewerbliche Entsorgungswirtschaft beklagt deshalb anhaltend die Kapazitätsknappheit, fand jedoch bisher kaum eigene Gegenmittel. Stattdessen wird an die Landespolitik appelliert mit dem Ziel, diese solle regelnd eingreifen. Das StMUV hat diese Forderung klar zurückgewiesen mit Verweis auf die Eigenverantwortung der gewerblichen Wirtschaft. Die anhaltende Diskussion hat auch zu einem runden Tisch beim StMUV geführt, schärft den Blick auf die Funktion der Entsorgungsstrukturen und erhöht die politische Aufmerksamkeit.

Mit Fortdauer der Vollauslastung bis mindestens 2022 wird allgemein gerechnet. Der Anlagenpark ist insgesamt in die Jahre gekommen und hat seine „Sicherheitsreserven“ aufgebraucht.

Auch im Bereich der Deponierung zeigt sich ein zunehmender, wenn auch in Intensität und Tempo schwer abschätzbarer Bedarf. Die aktuelle Deponiebedarfsprognose des Landesamts für Umwelt Bayern sieht daher im Bereich der Deponieklassen I und II einen zunehmenden Handlungsbedarf für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Denn diese haben die Verpflichtung, jeweils auf Sicht von 10 Jahren, die für die Entsorgungssicherheit notwendigen Einrichtungen vorzuhalten.

Der Schwenk des öffentlichen Interesses hin zu Umwelt, Natur- und Klimaschutzthemen lenkt zunehmend kritische Blicke auf die Fähigkeiten der Kreislauf- bzw. Entsorgungswirtschaft.

Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung sieht keine CO₂-Bepreisung für die Siedlungsabfallverbrennung vor, da diese vorrangig der notwendigen Abfallbehandlung dient. Die Umstellung der Wärmenetze auf Erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme ist ausdrücklich vorgesehen.

Der Energiebedarf für Digitalisierung, Klimatechnik und Elektromobilität steigt kontinuierlich.

Zur Klimatisierung kann Kälte aus Fernwärme einen regionalen Beitrag leisten. Die Bedeutung der Stromerzeugung des MHKW steigt wieder an. Technologien zur Wasserstoffnutzung und CO₂-Rückhaltung bzw. -verwertung werden erforscht.

3. Strategische Projekte

3.1 Erneuerung der Linie 1 des MHKW in wesentlichen Teilen.

Der Grundsatzbeschluss für dieses 33 Mio. €-Projekt wurde im Dezember 2015 gefasst. Der Bau begann am 3. Juni 2019 und kommt seither plangemäß voran. Ab Ende 2020 soll die neue Anlage laufen.

Die Linie 1 (Baujahr 1984) hat eine Jahreskapazität von 60.000 t.

Um den Kapazitätsausfall aufzufangen, wurde ein Konzept mit drei Säulen entwickelt:

- Reduzierung des Mengenzustroms durch Kappung beim Gewerbeabfall,
- umfassende Auslagerungen an Partneranlagen,
- Zwischenlagerung.

Bisher konnte so die Behandlung der hoheitlichen Mengen gewährleistet werden.

3.2 Errichtung eines Zwischenlagers in Hopperstadt

Am 05.10.2019 war Baubeginn für ein strategisches Zwischenlager auf dem Deponiegelände des ZVA in Hopperstadt. Das Lager soll 8.000 t Siedlungsabfall in Ballen aufnehmen können. Das Projekt umfasst die Modernisierung der gesamten Einrichtung und soll im 1. Quartal 2020 abgeschlossen werden.

Die Deponie Hopperstadt soll mittelfristig bedarfsgerecht ausgebaut werden. Der Ausbau zweier Abschnitte wird durch einen jahrzehntelangen Rechtsstreit behindert, der seit 2007 ruhte. Der ZVA hat diesen Rechtsstreit wieder in Gang gebracht und strebt eine gütliche Einigung an

4. Entsorgungssicherheit für Klärschlamm

Gesetzliche Neuerungen zur Klärschlamm Entsorgung und Verknappung von Aufnahmekapazitäten haben eine Dynamik mit teils massiven Kostensteigerungen in Gang gebracht. Große Anlagen mit 50.000 EW oder mehr müssen spätestens 2032 die Phosphorrückgewinnung gewährleisten.

Die Stadt Würzburg als Mitglied des ZVA betreibt selbst den Entwässerungsbetrieb. Die Landkreise sind nicht selbst zuständig, möchten jedoch die Entwicklung sicherer Entsorgungswege für ihre Kommunen begleiten und unterstützen.

Die unterfränkischen MVA in Würzburg und Schweinfurt verfügen über langjährige Erfahrung in der Mitverbrennung von Klärschlamm und ausbaufähige Infrastruktur mit technischen und organisatorischen Synergien. Deshalb werden Vorbereitungen getroffen, um bei entsprechender politischer Willensbildung Kapazitäten für die sortenreine, s. g. Monoverbrennung des Klärschlammes zu schaffen. Dadurch wird die Phosphorrückgewinnung aus der Asche ermöglicht.

Das Interesse an regionalen Lösungen in kommunaler Regie – um die Abhängigkeit von Oligopolen auszuschließen – ist bei den kommunalen Kläranlagenbetreibern insgesamt hoch.

Derzeit werden Möglichkeiten einer kooperativen Lösung in Zusammenarbeit mit der Region Schweinfurt geprüft. Die technischen Planungen beim GKS in diesem Zusammenhang dauern noch an.

Tamara Bischof
Landrätin